Nacht-Telegramme. Nacht-Telegramme

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuill.: Ludwig Hartmann. Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Frankfurt, den 10. Decbr. Der Mittags fällige Pariser Postzug ist nicht eingetroffen. Nach eingegangenen Nachrichten entgleiste derselbe bei Pont a Mousson.

München, 10. Decbr. Abgeordnetenkammer. Die Berathung des Eisenbahnetats pro 1880/81 gegenüber der Bemerkung Dr. Franks, worin er die Besorgniß ausspricht, die bayerischen Bahnen könnten an das Reich gelangen, erwiderte der Ministerpräsident Prestzschner, daß die Aufbauschung des Eisenbahngesetzes zu hochpolitischer Diskussion ihm zwar unerwartet komme, da sie jedoch provocirt, müsse er nothgedrungen antworten. Die Behauptung Franks, über sein (Prestzschners) Verhalten im Reichstag bei Berathung des Stellvertretungsgesetzes sei unrichtig; gerade bei dem erwähnten Gesetze habe man ihm den föderativen Standpunkt vorgeworfen. Betreffs des Reichseisenbahnprojektes erinnere er an seine frühere Antwort auf die diesbezügliche Interpellation. Er hoffe, daß die Antwort deutlich genug ist und vom ganzen Hause verstanden worden. Er müsse sich aber verwahren, wenn Frank seine zukünftigen Beschlüsse schon jetzt glaube voraussehen zu können. Zu Kapitel 1 des Eisenbahnetats beantragt Daller die Einnahmesumme der Personenbeförderung durch eine Fahrpreiserhöhung von 18,126,500, auf 20 Millionen zu erhöhen. Der Antrag wurde nach lebhafter Debatte mit 74 gegen 58 Stimmen angenommen.

Bern, 10. December. Die Bundesversammlung wählte im ersten Skrutinium Welti mit 133 von 150 Stimmen zum Bundespräsident, Anderwert mit 106 von 160 Stimmen zum Vicepräsidenten. Im zweiten den Bundesgerichtssekretär Hafner mit 91 von 160 Stimmen zum Bundesrichter. Ueber den Rekurs des Publizisten Gehlsen, gegen dessen Landesverweisung durch den Bundesrath, wurde nach langer Debatte mit 54 gegen 45 St. zur Tagesordnung übergegangen.

Nr. 345. 24. Jahrg. 1879. Witterungsaussichten: Neblig, zeitweise heiter, wärmer, ruhig. **Dresden, Donnerstag, 11. December.**

Politisches.

Es bedurfte nur einer einzigen Kammersitzung, um das Staatseisenbahn-System in Preußen zu begründen. Nach verhältnißmäßig kurzer Debatte kaufte das Berliner Abgeordnetenhaus vier wichtige Privatbahnen an, weitere Ankäufe sind bereits eingeleitet, andere vorbereitet und kein Jahr wird ins Land gehen, dann ist der preußische Staat im Besitz aller wesentlichen Eisenbahnen. Was dann noch im Privatbesitz verbleibt, ist nicht der Rede werth, es fristet ein kümmerliches Dasein und lebt nur von der Gnade des Staates. Das Eisenbahnnetz Preußens umfaßte Ende Juli d. J. 6099 Kilom. Staatsbahnen, sowie 3990 Kilom. Privatbahnen unter Staatsverwaltung; diesen rund 10,000 Kilom. Staatsbahnen stand eine kleinere Hälfte von 9763 Kilom Privatbahnen gegenüber. Nach dem bereits bewirkten Ankaufe der Berlin-Stettiner, der Magdeburg-Halberstädter, der Köln-Mindener und der Hannover-Altenbeckener Bahn und dem im Januar bevorstehenden Ankaufe der Berlin-Potsdamer und der Rheinischen Bahn werden von den preußischen Bahnen 15,098 Kilom. im Staats- und vorläufig nur 4755 Kilom im Privatbesitz sein. Auch diese werden fallen „über Nacht". Nur zum Theil zusammenhängend, nur kleinere Verkehrsrayons umfassend, hängen sie bezüglich ihrer Leistungen und Rentabilität völlig von den Maßnahmen der Staatseisenbahn-Verwaltung ab. Sie müssen so schleunig wie möglich ihre Verstaatlichung selbst nachsuchen, das absolute Staatsbahnsystem kommt in Preußen zur Geltung. Hiegegen grundsätzliche Einwendungen zu erheben, widerstritte unseren Anschauungen. Gleichwohl glauben wir, daß die 155 Abgeordneten, die dem Vorhaben der Regierung ihr Nein entgegensetzten, die Landesinteressen Preußens und in weiterer Folge diejenigen des Reiches besser wahrten, als die 226 Ja-Herren. Es ist offenes Geheimniß, daß die vier zuerst gekauften Bahnen mindestens um 80 Millionen zu theuer bezahlt werden. Die Direktoren und Verwaltungsräthe der dem Untergange geweihten Privatbahnen haben für den Verzicht auf fernere Thätigkeit ganz unglaubliche Summen erhalten und sind dadurch zum Aufgeben ihres Widerspruches bewogen worden. Man muß den Hund mit den Flöhen kaufen, lautete der derbe Witz des westfälischen Abg v. Eynern. Die mitübernommenen unteren Beamten und Arbeiter müssen sich mit allen meinen Vertröstungen genügen lassen. Das an sich geringe Budgetrecht des preußischen Landtages ist durch die riesige Vermehrung des Staatsbesitzes noch mehr verringert worden; was man an papierenen Bürgschaften dafür beschloß, ist wenig mehr als eine Maske des Absolutismus. Das Abgeordnetenhaus hat gut reden, daß es sich eine Mitwirkung über die Verwendung der Ueberschüsse der Staatsbahnen vorbehalte: es kann bei dem zu theueren Ankaufspreise und der bevorstehenden Tarifpolitik Maybach's gar keine Ueberschüsse geben. Die Staatsschulden vermehren sich in's Unermeßliche, die Allgewalt der Regierung in volkswirthschaftlichen Dingen erleidet keine Einschränkung. Die Industrien ganzer Landestheile, die Ernährung ganzer Bevölkerungsklassen sind dem bureaukratischen Ermessen der Regierung preisgegeben. Zugleich geschieht ein bedrohlicher Schritt zur Verwirklichung des Reichseisenbahn-Projektes. Die conservativen Abgeordneten Preußens verwahren sich zwar gegen die Begünstigung desselben, aber Windthorst gab ihnen trocken zu Angehör, daß er ihnen nicht traue, sondern sie für gefügig halte. Man tastet damit an die Hoheitsrechte der Bundesfürsten des deutschen Reiches. Kurz, wie man auch die Eisenbahnankäufe betrachten möge, der Tag, an dem sie beschlossen wurden, ist verhängnißvoll für Preußen und Deutschland gewesen. Man wird zeitig genug bereuen, daß im Berliner Abgeordnetenhause so wenig charakterfeste, selbstdenkende Männer saßen.

Einstweilen erleben wir freilich nur das Gegentheil von Abrüstungen. In Oesterreich arbeitet die Regierung mit Hochdruck, um das Abgeordnetenhaus zu bewegen, mit $^2/_3$ Mehrheit einen für Oesterreich viel zu hohen eisernen Militär-Etat von 800,000 Mann auf 10 Jahre hinaus sich bewilligen zu lassen und in Deutschland geht man bekanntlich damit um, eine bedeutende Vermehrung der Artillerie einzuführen. Um die Mittel hierzu zu besitzen, wird Preußen dem deutschen Reichstage ein neues Steuerbouquet präsentiren. Eine Börsensteuer, die Erhöhung der Biersteuer, eine Besteuerung aller Quittungen und eine Inseratensteuer sind seitens Preußens vorbereitet. Vorläufig heißt es also: in der Theorie Wünsche betreffs Abrüstung als Mittel gegen die Verarmung und in der Praxis: Erhöhung des Militär-Etats und neue Steuern. Der geneigte Leser mache sich selbst einen Vers dazu

Fürst Bismarck hat an den italienischen Senator Jacini, der ihm eine politische Broschüre zugesandt hatte, ein Dankschreiben gerichtet, in dem sich folgende höchst denkwürdige Stelle findet: „nur das Einvernehmen der Mächte, die entschlossen seien, eine streng konservative Politik zu verfolgen, würde eine partielle Abrüstung gestatten, welche das einzige Mittel sei zur Hebung der Finanzen und zur Besserung der Lage der Bevölkerungen". Hierzu bemerkt die „Nat.-Ztg.":

Es kann uns sicher nur erfreuen, wenn der Gedanke einer europäischen Abrüstung von dem leitenden deutschen Staatsmann patronisirt wird. Auf diesem Gebiete könnte Fürst Bismarck Europa einen unermeßlichen Dienst erweisen. Feldmarschall Graf Moltke hat es gleichfalls vorlängst anerkannt, daß die Rüstung, welche Deutschland und die anderen Staaten angelegt haben, auf die Dauer unerträglich lastet. Aus den vollständigen Text des Bismarck'schen Briefes an Jacini kann man daher mit Recht gespannt sein. Die Frage der Entwaffnung hat sich jedoch so oft als eine Vorbereitung kriegerischer Vorgänge erwiesen, daß ein gewisses Mißtrauen an die Aufwerfung derselben sich zu knüpfen begonnen hatte. Vielleicht gelingt dem Fürsten Bismarck, was so oft schon in das Gegentheil umgeschlagen ist.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 10. December. Das Abgeordnetenhaus genehmigte debattelos die §§ 2, 3, 5 und 6 der Eisenbahnvorlage. Die in § 4 enthaltene Ermächtigung des Finanzministers, die bisher begebenen Anleihen der Stettiner, Halberstädter, Altenbekener und Köln-Mindener Gesellschaft, soweit dieselben nicht inzwischen getilgt sind, zur Rückzahlung, bez. zum Umtausch gegen Staatsschuldenverschreibungen zu kündigen, die hierzu erforderlichen Geldbeträge durch Veräußerung eines entsprechenden Betrages der Staatsschuldverschreibungen aufzubringen, wurde in Namensabstimmung mit 227 gegen 167 Stimmen genehmigt; der Rest der Vorlage nach unerheblicher Debatte angenommen. Im Debattenlaufe erklärte Minister Maybach auf eine Anfrage: das Reichseisenbahnprojekt habe, soweit er wahrgenommen, bei den außerpreußischen Regierungen noch keinen Anklang gefunden.

Ueber den Brand des Circus Herzog meldet ein aus Stuttgart eingegangenes Telegramm folgendes Nähere: Das Feuer brach zwischen 3 bis 4 Uhr Morgens aus und verbreitete sich schnell über das ganze aus Holz bestehende Gebäude, welches der Hallberger'schen Verlagsbandlung gegenüber in der Neckarstraße gelegen ist. Besitzer des Grundstücks ist ein Kaufmann Strangenberg, des Circus ein Zimmermeister Hangleitner. Versicherungssumme 20,000 Mark. Die erste Hilfe brachte ein gegenüber wohnhafter Bäckermeister, welchem mit seinen Gehilfen fast die Rettung sämmtlicher Pferde zu danken ist. Ihm verdankt man auch die Mittheilung, daß das Feuer durch einen Reitknecht Namens Reichberg verursacht worden ist. Dieser kam mit seinem bei ihm zum Besuch aufhältlichen Bruder kurz vor 3 Uhr Morgens nach Hause und bald darauf wurde in dem von Beiden eingenommenen Schlafraume das Feuer bemerkt. Beide haben ihre Fahrlässigkeit mit dem Leben büßen müssen. Man kommt Herrn Herzog und den einzelnen Mitgliedern seiner Truppe allseitig beifend entgegen. Se. Maj. der König hat sofort durch seinen Oberstallmeister Graf Tombenheim Unterkommen für die gereiteten Pferde im königlichen Marstall zur Verfügung stellen lassen. Auch von anderer einflußreicher Seite erfreut sich Direktor Herzog der wirksamsten Unterstützung und so glaubt dieser auch, spätestens zum Weihnachtsfeste mit den Dresdner Vorstellungen beginnen zu können.

Locales und Sächsisches.

— Ihre Maj. die Königin beehrte gestern das Leder- und Bronze-Galanteriewaaren-Geschäft von Ed. Wachtmann und vorgestern das Geschäft gleichen Genres von Bernhard Schäfer in der Pragerstraße mit Ihrem Besuche, um in beiden Geschäften reichliche Einkäufe zu machen.

— Landtag. Gestern hielten beide Krn. Sitzungen. Die erste Kr. berieth den Gesetzentwurf über gewerbliche Lehranstalten. Der Entwurf bezweckt, den von Gemeinden und Privaten errichteten derartigen Anstalten, einschl. denen, die Handel und Ackerbau in den Bereich ihrer Wirksamkeit ziehen, die ihnen z. Z. noch fehlende gesetzliche Basis (wie solche die Volksschulen und höheren Lehranstalten besitzen) zu schaffen, zugleich auch dafür zu sorgen, daß sie die ihnen gesteckten Ziele auch wirklich erreichen. Das fernere Entstehen, bezw. die Umgestaltung solcher Anstalten wird von staatlicher Erlaubniß abhängig gemacht, für ihre gehörige Beaufsichtigung gesorgt, für das Vorhandensein geeigneten Lehrpersonals Vorsorge getroffen und innerhalb der Anstalten die Disciplin geordnet. Betreffs der von Privatpersonen errichteten Anstalten wird dem Staate zudem die Möglichkeit gegeben, dieselben aufzuheben, sofern sie ihre Schuldigkeit nicht thun oder für das Gemeinwohl Bedenken erregen. Bürgermeister Hirschfeld sprach seine Freude über den Entwurf aus, welcher regele und schütze, was aus dem Volke selbst entsprungen ist (gewerbliche und Fachschulen — im Gegensatz zur obligatorischen Fortbildungsschule). Der Referent, Bürgermeister Heinrich, regte die Frage an, ob schon bestehende Anstalten die Erlaubniß bedürften, ob solche eingezogen werden dürften und ob die Lehrer bestehender Anstalten zu bestätigen seien. Oberbürgermeister Dr. Georgi erwiederte, das Gesetz habe in seiner jetzigen Fassung keine rückwirkende Kraft. Bestehende Anstalten fielen unter dasselbe nur insofern, als sie Umgestaltungen träfen und neue Lehrer anstellten. v. Schönberg-Pornitz war damit gar nicht einverstanden, da das Gesetz ja bestehende Mängel beseitigen solle. Bürgermeister Löhr trat dieser Ansicht bei, ebenso aber auch der Georgi'schen Interpretation und beantragte hiernach einen Zusatz: die Bestimmungen dieses Gesetzes finden auch auf bestehende Anstalten Anwendung. Dr. Georgi hielt diesen Antrag in seiner Fassung für zu allgemein und beantragte deshalb Verweisung desselben an die Deputation, so daß der Entwurf nicht endgiltig zur Annahme gelangte. Auf ein Bedenken des Herrn v. Watzdorf-Sollschwitz entgegnete Geh. Rath Schmalz, daß über die Frage, unter welchem Ministerium die gewerblichen Schulen, deren Besuch von dem der obligatorischen Fortbildungsschule befreit, zu stehen hätten, längst durch die Praxis entschieden sei. Das Kultus- und Innere Ministerium entscheiden gemeinsam darüber, ob der Besuch einer gewerblichen Schule vom Fortbildungsunterricht befreien könne; die gewerblichen Schulen blieben nach wie vor unter dem Ministerium des Innern. v. d. Planitz frug, warum die Staatsanstalten nicht unter das Gesetz fallen sollten. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz antwortete, weil der Zweck des Gesetzes nicht sei, die Verhältnisse der gewerblichen Fachschulen sämmtlich zu regeln, sondern um vorgekommene Mißbräuche zu beheben, wie solche bei Staatsanstalten ihrer ganzen Anlage nach nicht vorkommen könnten. — In der 2. Kr. kam es gelegentlich einer Petition des Seilermeisters Steyer u. Gen. gegen den Hausirhandel mit Seilerwaaren zu einer Debatte über Wanderlager und Hausirbetrieb. Abg. Hildebrand entwarf ein Bild von den Schädigungen, welche dem soliden Gewerbestande wie dem Publikum aus dem Hausirhandel, Wanderlagern, Fünfgroschen-Bazaren 2c. entständen. Abg. Ackermann anerkannte zwar, daß einzelne Gewerbe ohne den Hausirhandel nicht existiren könnten, hob aber zum Andern hervor, wie Schrankenlosigkeit in dieser Beziehung das Landstreicherthum befördere. Er frug an, in welchen Grenzen sich die beabsichtigte Reform der Reichsgesetzgebung in Bezug auf den Gewerbebetrieb im Umherziehen bewege. Geh. Reg.-Rath Meisel erwiederte, daß die Sache noch im Stadium der Vorberathung sei. Die sächsische Regierung habe sich für Einschränkung des fraglichen Gewerbebetriebes ausgesprochen. Es sei erwogen worden, ob derselbe nicht von örtlichen Verhältnissen abhängig gemacht werden solle. Einer kommunalen Besteuerung der Wanderlager stände das Freizügigkeitsgesetz entgegen; so sei durch Entgegenkommen der Reichsregierung auch hier Abhilfe zu erwarten. Die Petition verlangt 1) daß Personen, die im Umherziehen Seilerwaaren feilbieten, ebenso hoch besteuert werden, wie andere Personen, welche mit Waaren handeln, die bisher keine Steuerbegünstigung erfuhren; 2) daß die Regierung auf äußerste Beschränkung des Gewerbebetriebes im Umherziehen hinwirken möge. Punkt 1 gab die Kr. der Regierung zur Kenntnißnahme, während sie Punkt 2 auf sich beruhen ließ.

— Die 2. Kammer wird am 20. December sich vertagen, um am 5. Januar ihre Sitzungen wieder aufzunehmen.

— Die von dem Präsidenten Haberkorn bewirkte Circulation eines Subskriptionsbogens unter den Mitgliedern der 2. Kammer für die Zwickauer hat den ansehnlichen Betrag von 2485 Mark ergeben.

— Präsident v. Zehmen gab gestern den Mitgliedern der 1. Kammer auf dem Belvedere der Brühl'schen Terrasse ein Diner, dem auch S. K. H. Prinz Georg als Kammermitglied seine Anwesenheit schenkte.

— Dem Landtage ist ein Decret über die Erbauung mehrerer Secundärbahnen zugegangen. Die Regierung ist der Ansicht, daß das gegenwärtig vorhandene Eisenbahnnetz noch nicht als definitiv abgeschlossen anzusehen ist. Selbstverständlich könne es sich nicht mehr um Herstellung von Hauptverkehrslinien handeln, sondern um den Bau und Betrieb möglichst billiger, in der Regel schmalspuriger Secundärbahnen. Man müsse darauf sehen, daß die Betriebskosten gedeckt und das Anlagekapital verzinst werde. Jemehr es gelinge, die Wünsche in Bezug auf Anlage und Betrieb auf das Maß des Nothwendigen zu beschränken, um so eher werde die Möglichkeit gegeben sein, die Wohlthaten der ersehnten Verkehrserleichterungen einer größeren Anzahl von Gegenden zukommen zu lassen. Die Regierung hat nach wie vor Bedenken gegen Aufstellung eines einheitlichen Plans aller wünschenswerthen Eisenbahnverbindungen. Sie hat nächst dem schon am 1874er Landtage genehmigten Bau der Linie Schwarzenberg-Johanngeorgenstadt die Herstellung folgender Linien zunächst in Aussicht genommen: Von Wilkau nach Kirchberg und Saupersdorf, von Hainsberg nach Dippoldiswalde und Schmiedeberg, von Döbeln über Mügeln nach Oschatz mit Flügelbahn Mügeln-Wermsdorf und endlich von Geithain nach Leipzig. Schwarzenberg-Johanngeorgenstadt sollte ursprünglich als Hauptbahn zum Anschluß an die von der Pilsen-Priesener Privatbahn projektirte Linie Carlsbad-Sächs. Landesgrenze ausgeführt werden und waren dafür 7,500,000 Mark zur Verfügung gestellt worden. Da bezüglich der Anschlußbahn österreichischerseits nichts geschieht, sowie aus Sparsamkeitsrücksichten will nun die Regierung diese Linie in sekundärer Weise aber mit normaler Spur ausbauen. Dadurch wird es möglich, nicht nur diese, sondern auch die vier andern oben aufgezählten Linien für die bereits bewilligten 7,500,000 Mark unter Gewährung des Zuschusses von wenig über ein Sechstheil dieser Summe durchzuführen. Die letzteren vier Linien sollen schmalspurig gebaut werden und zwar mit Rücksicht auf Bau- und Betriebskostenersparniß. Die Schwierigkeiten der Güterumladung beim Uebergange der Güter von der normalen auf die schmalspurige Bahn seien nicht so bedeutende und kostspielige als behauptet werde. Die Kosten stellen sich für Schwarzenberg-Johanngeorgenstadt auf 1,700,000 Mk., Wilkau-Kirchberg 705,000 Mark, Hainsberg-Dippoldiswalde-Schmiedeberg 1,525,000 Mark, Döbeln-Mügeln-Oschatz 2,540,000 Mark und Geithain-Lauffak-Leipzig 2,380,000 Mark. Die Gesammtlänge dieser Bahnen beträgt 140,64 Kilom.

— Gestern Abend haben die Stadtverordneten als Nachfolger des verstorbenen unbesoldeten Stadtrath Schilling den Herrn Rechtsanwalt G. C. Eduard Rüger erwählt.

— Die vorgestrige Kälte (bis 19° R.) hat die noch offene Wasserrinne der Elbe immer mehr verengt, auch hat das Eis erheblich an Stärke gewonnen und war gestern das vom Elbstrom durchschnittlich 20 und jenes des Priesnitzbaches 17 Centimeter stark. Durch das gesammte Erzgebirge hat im Laufe dieser Woche gleichfalls meist primmige Kälte geherrscht und die Müller haben in den Gräben mit dem Grundeis bereits ihre liebe Noth. Die Eisdecke der Elbe erstreckte sich gestern Mittag ohne Unterbrechung von Wildberg bis Kaditz.

— Erfahrene Förster im Erzgebirge prophezeien, daß die jetzige harte Kälte noch bis Mitte dieses Monats anhalten, dann aber einer gemäßigten Temperatur weichen würde. In vielen Gegenden des Erzgebirges tritt das Wild aus dem Wald heraus und kommt bis in die menschlichen Ansiedelungen herein, um sich füttern zu lassen.

— Der Wetterbericht vom 9. d. zeigt ganz eigenthümliche Temperatur-Erscheinungen. Während die Leute bei uns mit erfrorenen Nasen und vereisten Bärten herumlaufen, herrschte im Norden nahezu Thauwetter. In St. Petersburg gab es blos 2 Grad Kälte, in Zittau dagegen 26, in Breslau 25 und in Karlsruhe 17 Grad C. Kälte. Demnach steht Thauwetter in nächster Aussicht.

Zum Besten der Hinterlassenen der im Brückenbergschachte zu Zwickau verunglückten Bergleute ist bei Alex. Köhler hier ein Schriftchen, das die Gruben-Katastrophe ausführlich schildert, und bei Ad. Wolf hier eine lithographische Darstellung der Unglücksstätte bei Zwickau erschienen. Das Schriftchen kostet 10 Pfennige. — Am Freitag Abend veranstaltet der Besitzer des mechanischen Theaters auf der Jahnsgasse, Herr Köhler, zu dem gleichen Zwecke eine große Extra-Vorstellung, der es gewiß an lebhaftem Besuch nicht fehlen wird.

— Die Donnerstags-Abonnements-Concerte im Feldschlößchen erfreuen sich der regsten Theilnahme aller honetten Gesellschaftskreise. Heute wird die bewährte Ehrlich'sche Kapelle das dritte dieser Abonnements-Concerte geben, während vor 8 Tagen die vorzügliche Werner'sche Kapelle vom Schützen-Regiment concertirte.

Die heurigen Preise aller Ingredienzien zur Stollenbäckerei sind durchweg wesentlich höher und ist es nur erfreulich, wenn einzelne Firmen durch frühzeitige Einkäufe es ermöglichen, noch zu früheren billigen Preisen zu verkaufen, wovon das Schaufenster von August Bensch (Hauptstr. 14c) Zeugniß giebt. Man findet darin insbesondere die größte Auswahl von Rosinen sowie Mehl aus einer ungarischen und aus einer der Familie Bensch gehörenden, bei Bautzen gelegenen Mühle; letzteres namentlich ist ungemein ergiebig und sehr preiswerth.

— Gestern Morgen kurz nach 4 Uhr entgleiste auf dem schlesischen Bahnhofe beim nächtlichen, durch Finsterniß und abnorme Kälte aufs Höchste erschwerten Rangirdienste ein Wagen. Ihn streifte der eben auf dem Nachbargeleise in langsamer Einfahrt begriffene Eilzug, ohne daß jedoch hierdurch außer einigen geringfügigen Beschädigungen an Thürklinken und Laufbretern ein Unfall herbeigeführt worden wäre.

— Einem Barbierstubeninhaber in der Breitestraße wurden in der vorgestrigen Nacht aus einer in seinem Geschäftslokale befindlichen Kommode 200 Mark Geld und 2 Rasirmesser von unbekannter Hand unter Anwendung von Nachschlüsseln gestohlen.

— Im Gasthause zum Straßburger Hof ist gestern Mittag der Hausknecht von der zweiten Etage aus auf das den Hof bedeckende Glasdach gestürzt, durchgebrochen und hat dabei so erhebliche Verletzungen erlitten, daß man ihn mittelst Siechkorbs nach dem Stadtkrankenhause schaffen mußte.

— In einem Hause der Schloßstraße gerieth gestern Nachmittag ein an eine Esse anliegender Balken in Brand, wurde aber bald wieder gelöscht.